



David Robert leitet als Auslandsmitarbeiter das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika mit Sitz in Benin.



Anja Caspers ist Trainee des Regionalprogramms Politischer Dialog Westafrika

RÜCKSCHLAG FÜR DIE DEMOKRATIE IM NIGER. „ZIVILER STAATSTREICH“ BRINGT ABSOLUTE MACHT FÜR PRÄSIDENT TANDJA

David Robert/Anja Caspers

Was viele im Niger nicht glauben wollten, ist wahr geworden: Die demokratischen Strukturen der fünften Republik wurden ausgehebelt und ein Regime mit dem Präsidenten Mamadou Tandja an der Spitze installiert. In dieser neuen sechsten Republik mit einer demokratischen Fassade regierte Präsident Mamadou Tandja als absoluter Herrscher. Nachdem das Verfassungsgericht den Wunsch des Präsidenten nach einer Amtsverlängerung durch ein Referendum als nicht konform mit der Verfassung der fünften Republik zurückwies, löste der Präsident das Verfassungsgericht und das Parlament auf. Auf seine Veranlassung wurde das Referendum am 4. August 2009 durchgeführt und eine neue Verfassung etabliert, die dem Präsidenten drei zusätzliche Amtsjahre ermöglicht. In dieser neuen Republik¹ kann Präsident Tandja nicht nur noch drei Jahre länger im Amt bleiben, sondern hat geradezu absolute Machtbefugnisse erhalten. Das Verfassungsgericht wird fast vollständig vom Präsidenten ernannt, ebenso wie der Senat und weitere wichtige Institutionen der Republik. Alle Abgeordneten der fünften Republik wurden unter den Generalverdacht der Korruption gestellt. Mit diesen Maßnahmen schaltete Präsident Tandja praktisch die komplette politische Klasse des Niger aus.

1 | Bezeichnet als sechste Republik seit der Verfassungsänderung vom 18. August 2009.

TANDJAS LANGE VORBEREITUNG

Die Verfassung der fünften Republik im Niger vom Juli 1999 erlaubt in Artikel 36 dem Präsidenten nur eine mögliche Wiederwahl. Damit wird seine Amtszeit auf höchstens zehn Jahre begrenzt. Die Amtszeit von Präsident Tandja wäre dementsprechend regulär am 22. Dezember 2009 ausgelaufen. Die Hürden für eine Verfassungsänderung waren im Niger extrem hoch angelegt. Politische Beobachter des Niger hielten es deshalb bisher für unmöglich, das eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten, wie bereits in sieben anderen afrikanischen Staaten durchgeführt, auch im Niger möglich sein könnte. In der fünften Republik (1999–2009) wurde der Niger als semi-präsidentielles System mit einem Premierminister als Chef der Regierung angelegt.² Der Präsident ernannte den Premierminister aus einer Liste dreier möglicher Kandidaten. Eine Parlamentsmehrheit konnte allerdings, ähnlich wie in Frankreich, dem Präsidenten einen Premierminister aufzwingen.³ Für eine Verfassungsänderung zur Verlängerung der Mandatszeit war ein zweistufiges Verfahren notwendig. In einem ersten Schritt müssen sich drei Viertel der Parlamentsmitglieder dazu bereit erklären, die Verfassung zu ändern. In einem zweiten Schritt müssen die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen von einer Vier-Fünftel-Mehrheit bewilligt werden. Man schuf diese beispielhaft hohen Hürden, um Verfassungsänderungen im Niger nur im nationalen Konsens stattfinden zu lassen.

Aufgrund dieser zu erwartenden Schwierigkeiten und der Gewissheit, dass eine Amtszeitverlängerung mit Hilfe einer Verfassungsänderung keinen Erfolg haben würde, wählte der Präsident den Weg eines Referendums. Dies war zwar nicht verfassungskonform, verlieh dem Projekt des Präsidenten allerdings einen scheinbar demokratischen Anstrich. Als das nigrische Verfassungsgericht das Referendum über die Amtszeitverlängerung des Präsidenten als nicht verfassungskonform einstufte, setz-

Die Verfassung der fünften Republik im Niger vom Juli 1999 erlaubt in Artikel 36 dem Präsidenten nur eine mögliche Wiederwahl. Damit wird seine Amtszeit auf höchstens zehn Jahre begrenzt. Die Amtszeit von Präsident Tandja wäre dementsprechend regulär am 22. Dezember 2009 ausgelaufen.

Aufgrund dieser zu erwartenden Schwierigkeiten und der Gewissheit, dass eine Amtszeitverlängerung mit Hilfe einer Verfassungsänderung keinen Erfolg haben würde, wählte der Präsident den Weg eines Referendums.

2 | Über den Premierminister heißt es in der Verfassung: „Il dirige, anime et coordonne l'action du Gouvernement“ et qui „détermine et conduit la politique de la Nation“, in: Artikel 59 der Verfassung Nigers vom 18. Juli 1999.

3 | Vgl. hierzu Artikel 45 der Verfassung Nigers vom 18. Juli 1999.

te Tandja das Verfassungsgericht kurzerhand außer Kraft. Wie im Nachhinein deutlich wurde, plante Präsident Tandja seine Amtsverlängerung von langer Hand. Bereits im Jahr 2007 suchte er den Konflikt mit seinem damaligen Premierminister Hama Amadou. Ziel war es, Amadou davon abzubringen, sich im Jahr 2009 als Präsidentschaftskandidat zur Wahl zu stellen. Aus diesem Grund suchte der Präsident den Kontakt zur Opposition und traf sich fast wöchentlich mit dem Führer der Oppositionspartei PNDS, Mahamadou Issoufou. Viele Beobachter nahmen an, der Präsident wolle den Oppositionsführer bei der Kandidatur für seine Nachfolge unterstützen. Dies verwunderte eine Reihe von Kommentatoren, hatten diese doch bis dato Premierminister Amadou als Parteifreund und langjährigen Weggefährten Tandjas als Nachfolger gesehen. Als Amadou im Mai 2007 als Premierminister nach sieben Jahren im Amt durch die Opposition und den dem Präsidenten nahestehenden Teil der Regierungspartei MNDS überraschend gestürzt wurde, zeichnete sich ein politischer Richtungswechsel ab. Nach seinem Sturz wurde Amadou umgehend wegen Korruption angeklagt. Obwohl niemand an der generellen Korruptierbarkeit des politischen Systems im Niger zweifelt, galt die Anklage gegen Amadou als politisch motiviert. Hierfür sprach nicht zuletzt die für afrikanische Regierungsvertreter „lächerliche Summe“ von nur 150 000 Euro, mit der sich Amadou angeblich hatte bestechen lassen.

Nach seinem Sturz als Premierminister warnte Amadou vor einer möglichen Diktatur Tandjas. Als einer der besten Kenner des Präsidenten war er davon überzeugt, dass der Präsident auch über die zweite Amtsperiode hinaus an der Macht bleiben wolle.

Nach seinem Sturz als Premierminister warnte Amadou vor einer möglichen Diktatur Tandjas. Als einer der besten Kenner des Präsidenten war er davon überzeugt, dass der Präsident auch über die zweite Amtsperiode hinaus an der Macht bleiben wolle. Auf Grundlage dieser Aussagen wurde Amadou am 26. Juni 2008 verhaftet und in Koutoukalé nördlich von Niamey inhaftiert. Im April 2009 wurde ihm aus gesundheitlichen Gründen gestattet, ein Krankenhaus im Ausland aufzusuchen,⁴ nachdem ein Gericht ihn kurz zuvor vorläufig auf freien Fuß gesetzt hatte. Trotz der Inhaftierung wurde kein Prozess gegen ihn eröffnet. Dies unterstreicht die These, dass seine Inhaftierung vor allem seine Abstinenz bei den Präsidentschaftswahlen zur Folge haben sollte.

4 | Vgl. hierzu die Zeitung *Le Republicain*, 9. bis 15. April 2009, Nr. 871, S. 3.

Aufgrund seiner großen Anhängerschaft galt Amadou als ernst zu nehmende Gefahr für Präsident Tandja. Er verfügte als ehemaliger Präsident der Regierungspartei MNSD-Nassara über viele Anhänger im Regierungslager und genoss großen Rückhalt in der Armee. Dies erklärt die großen Demonstrationen, die eine Freilassung Amadous als Ziel hatten. Nur durch den Einsatz von Tränengas konnte die Polizei hier Herr der Lage werden.⁵ Als Folge gestatte man Amadou, das Land zu verlassen. Auf diese Weise gelang es Präsident Tandja, den größten Gegner seiner Amtszeitverlängerung auszuschalten.

DIE TAZARTCHÉ-BEWEGUNG⁶

Um die Bevölkerung in den Prozess der Amtszeitverlängerung einzubauen, organisierte das Lager des Präsidenten im Januar 2009 die Tazartché-Bewegung, die im ganzen Land Demonstrationen für Präsident Tandja abhielt. Das Hauptargument der Bewegung für ein längeres Verbleiben Tandjas im Amt war, dass der Präsident noch nicht alle Aufgaben erfüllt habe. Es seien noch große Projekte in Gange, die erst zu Ende geführt werden müssten. Diesem Ruf der Bevölkerung könne sich Tandja nicht verweigern. Die Tatsache, dass es erhebliche Gegendemonstrationen gegen die Tazartché-Bewegung gab, ignorierte der Präsident. Durch den Einsatz finanzieller Zuwendungen gelang es Tandja letztendlich, die traditionellen Führer, die „Chefferie“ und Teile der Zivilgesellschaft auf seine Seite zu bringen. Daraufhin gab Tandja schließlich am 5. Mai 2009 seinen Entschluss bekannt, eine dritte Amtszeit anzustreben.

Das Ziel der Tazartché-Bewegung war es zunächst nicht, eine Verfassungsreform durchzusetzen, sondern lediglich die Präsidentschaftswahlen zu verzögern. Damit sollte Tandjas Amtszeit auf unbegrenzte Zeit verlängert werden. Dieses Verfahren wurde bereits bei den Kommunalwahlen im Jahr 2008 angewandt, als aufgrund von „technischen Schwierigkeiten“ der Wahlgang verschoben wurde. Da alle Parteien hofften, von diesen Regelungen profitieren zu können, wurden kaum Gegenstim-

Das Ziel der Tazartché-Bewegung war es zunächst nicht, eine Verfassungsreform durchzusetzen, sondern lediglich die Präsidentschaftswahlen zu verzögern. Damit sollte Tandjas Amtszeit auf unbegrenzte Zeit verlängert werden.

5 | Vgl. hierzu die Zeitung *Le Republicain*, 16. bis 22. April 2009, Nr. 873.

6 | Tazartché bedeutet in Haussa, einer der Hauptsprachen des Niger, „es kann nur weitergehen“.

men laut. Dies dürfte auch der Grund gewesen sein, warum die Parteien anfangs nur zögerlich auf die Tazartché-Bewegung reagierten und diese nicht von Anfang an als undemokratisch ablehnten.

Zu diesem Zeitpunkt übernahmen nur einige Journalisten eine politische Wächterrolle im Niger. Zwar war bereits Ende 2008 in der Presse von einem „geplanten kalten Staatsstreich“ zu lesen,⁷ die führenden Politiker des Landes, mit Ausnahme des im Gefängnis feststehenden Hama Amadou, sahen diese Gefahr für die Demokratie jedoch nicht. Blickt man zurück, so müssen als erste Aktivitäten zur Vorbereitung des „zivilen Staatsstreiches“ von Präsident Tandja bereits die Auseinandersetzungen mit den Tuareg-Rebellen im Norden des Landes angesehen werden. Die Rebellion wurde zwar nicht vom Präsidenten initiiert, gleichwohl nutzte er die Auseinandersetzungen geschickt für seine Ziele. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Präsident Verhandlungen mit den Rebellen kategorisch abgelehnt. Für ihn galten die Tuareg-Rebellen als Schmuggler und Verbrecher. Mit chinesischer Hilfe rüstete er die Armee auf und entsandte einen Großteil der Streitkräfte in den Norden des Landes. Die Soldaten bekamen für ihren Dienst im Norden zusätzlichen Sold und modernes Arbeitsmaterial. Für den von Tandja durchgeführten zivilen Staatsstreich war es wichtig, sich die Unterstützung der Armee zu sichern und diese außerhalb der Hauptstadt zu verlegen. Zudem wurde damit ein mögliches Eingreifen der Armee zugunsten der Demokratie verhindert. Während des Konfliktes im Sommer und Herbst 2009 erklärte die Armeeführung ihre strikte Neutralität und forderte die Lösung der politischen Probleme auf der Grundlage von Verhandlungen. Ob diese erklärte Neutralität ein Fortschritt im Vergleich mit früheren Jahren und den damit verbundenen Militärputschen bedeutet, ist fraglich. Einige Akteure im Niger hätten sich ein Eingreifen der Armee zugunsten der demokratischen Ordnung durchaus gewünscht.⁸

Da der Präsident sich nicht auf die Armee stützen konnte, begann er bereits in den Jahren von 2005 bis 2006 verstärkt Polizisten zu rekrutieren und die Polizei sowohl finanziell als

7 | Vgl. David Robert, „Niger: Steht das Land vor einem ‚zivilen Staatsstreich‘?“, in: *KAS-Länderberichte*, Januar 2009.

8 | Vgl. Konferenzprotokoll der Regionalkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, „Le controle politique des forces armees en regime democratique“, Lome/Togo vom 26. bis 28. Oktober 2009.

auch materiell besser auszustatten. Dies sorgte bereits damals bei Beobachtern für Verwunderung. Ende des Jahres 2009 werden diese Maßnahmen verständlich, da, nicht wie sonst üblich in Afrika, die Armee, sondern die Polizei die Repression von Demonstranten und der Opposition übernommen hatte. Im Rückblick wird hieraus die lang angelegte Strategie des Präsidenten sichtbar. Die politische Klasse und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wurden allerdings vom Vorgehen des Präsidenten überrascht.

Da der Präsident sich nicht auf die Armee stützen konnte, begann er bereits in den Jahren von 2005 bis 2006 verstärkt Polizisten zu rekrutieren und die Polizei sowohl finanziell als auch materiell besser auszustatten. Dies sorgte bereits damals bei Beobachtern für Verwunderung. Ende des Jahres 2009 werden diese Maßnahmen verständlich, da, nicht wie sonst üblich in Afrika, die Armee, sondern die Polizei die Repression von Demonstranten und der Opposition übernommen hatte.

DAS AUSHEBELN DER DEMOKRATISCHEN INSTITUTIONEN

Das Besondere am Fall des Niger ist, dass die demokratischen Institutionen auch in den Zeiten der Krise funktioniert haben, aber gegen eine Aushebelung der nigrischen Demokratie machtlos waren. Erst nachdem der Präsident die Aufrüstung der Polizei abgeschlossen, die Armee in dem Tuareg-Konflikt eingebunden und mit der Verhaftung des ehemaligen Premierministers Hama Amadou die Voraussetzungen zur Aushebelung der Demokratie geschaffen hatte, ließ er die Tazartché-Bewegung gründen. Ab Januar 2000 versuchte diese, die öffentliche Meinung hinsichtlich einer Amtsverlängerung für Präsident Tandja zu beeinflussen. Als der Präsident im Frühjahr 2009 mit den Vorbereitungen für ein Referendum begann, riefen mehre Abgeordnete das Verfassungsgericht an, um den Antrag auf seine Verfassungskonformität zu überprüfen.⁹

Am 25. Mai 2009 erklärte das Verfassungsgericht das Vorhaben des Präsidenten für verfassungswidrig.¹⁰ In seinem Urteil sprach das Verfassungsgericht die Unteilbarkeit des nigrischen Volks an und bezeichnete die Artikulationen der Tazartché-Bewegung als keineswegs ausreichend, um ein Referendum zu rechtfertigen. Ferner erinnerten die Verfassungs-

9 | Das Verfassungsgericht wurde aufgefordert, die Artikel 1, 5, 6, 36, 37, 49 und 136 der Verfassung vom 18. Juli 1999 zu interpretieren und eine Interpretation abzugeben, auf welchem Wege eine Verfassungsänderung als verfassungskonform anzusehen sei.

10 | Vgl. hierzu die Entscheidung Nr. 2/CC vom 25. Mai 2009 des nigrischen Verfassungsgerichts.

richter den Präsidenten daran, dass er auf fünf Jahre gewählt und nur eine Wiederwahl zulässig sei. Eine Mandatsverlängerung sei deshalb auf diese Art und Weise verfassungswidrig und könne nur über den in der Verfassung vorgegebenen Weg – das Parlament – erfolgen. Ferner erinnerten die Richter den Präsidenten an seinen Eid nach Artikel 39, der den Präsidenten zur Achtung der Verfassung verpflichtet.¹¹

Das Verfassungsgericht des Niger erfüllte somit seine Rolle als Wächter der Verfassung. Die Richter trafen eine unabhängige Entscheidung und ließen sich nicht von der Staatsmacht beeinflussen.

Das Verfassungsgericht des Niger erfüllte somit seine Rolle als Wächter der Verfassung. Die Richter trafen eine unabhängige Entscheidung und ließen sich nicht von der Staatsmacht beeinflussen. Tandja akzeptierte den Richterspruch jedoch nicht und löste bereits am darauffolgenden Tag das Parlament auf. Der Öffentlichkeit blieb somit keine Zeit, über die Entscheidung des Verfassungsgerichts nachzudenken. Die Auflösung des Parlamentes entfernte den politischen Resonanzboden für die Entscheidung des Gerichtes und diente der Vorbereitung weiterer Schritte des Präsidenten. Die Auflösung des Parlamentes neutralisierte eine weitere wichtige Stütze des demokratischen Systems im Niger. Das Verfassungsgericht wurde hierbei nicht aktiv, da die Auflösung des Parlamentes im Prinzip nach Artikel 48 der Verfassung zulässig war. Hieraus ergibt sich die Frage, ob das Instrument der Parlamentsauflösung, wie in semi-präsidentiellen Systemen möglich, jungen Demokratien zu empfehlen ist.

Den zweiten Schlag gegen das demokratische System im Niger führte der Präsident am 26. Juni 2009 mit der Ausrufung des politischen Notstandes durch. Mit Bezug auf Artikel 53 der Verfassung von 1999 gab er sich die „pouvoir exceptionnels“, die Notstandsrechte, welche die Verfassung bei der Blockade von Institutionen und im Falle der Bestandsgefahr des Staates vorsieht. Diese Situation war jedoch nicht ersichtlich, da alle demokratischen Institutionen funktionierten. Dementsprechend gab es keine politische Notwendigkeit für die Ausrufung des Notstandes. Nach Artikel 53 wird in einer derartigen Situation eine Art Staatsrat einberufen, dessen Mitglieder sich aus den Präsidenten und den Institutionen der Republik zusammensetzen. Dieses Gremium aus zwölf Personen entscheidet über die Ausrufung des Notstandes. Der Prä-

11 | Wörtlich heißt es hierzu : „Ne saurait engager ou poursuivre le changement de la Constitution sans violer son serment“.

sident umging diesen Staatsrat, da er dort keine Mehrheit für seinen Plan vermutete.¹² Um dem Verfassungsgericht keine Zeit zu geben, das Vorgehen bewerten zu können, wurde es am 29. Juni 2009 per Dekret Tandjas aufgelöst. Das Vorgehen des Präsidenten kann als Wechselspiel zwischen offenem Verfassungsbruch und scheinbarem Wahren der Verfassungsmäßigkeit gewertet werden. Vor dem Lichte der Öffentlichkeit versuchte Tandja den Schein eines demokratischen Vorgehens zu wahren. Seine Hoffnung war, die internationale Gemeinschaft würde diese „kleineren“ Ungereimtheiten bald wieder vergessen.

Begleitet wurde das Vorgehen Tandjas von Repressionen gegen Journalisten, Demonstranten und oppositionellen Gruppen. Die Mehrzahl der 113 Abgeordneten wurde vorübergehend verhaftet und pauschal aufgrund von Korruption angeklagt. Damit versuchte Tandja die Zivilgesellschaft einzuschüchtern und politischen Protest zu unterdrücken. Gleichzeitig wurde das Referendum vom 4. August 2009 nicht nur als Abstimmung für die Mandatsverlängerung des Präsidenten genutzt, sondern auch zum Votum für eine neue Verfassung.

Begleitet wurde das Vorgehen Tandjas von Repressionen gegen Journalisten, Demonstranten und oppositionellen Gruppen. Die Mehrzahl der 113 Abgeordneten wurde vorübergehend verhaftet und pauschal aufgrund von Korruption angeklagt.

REFERENDUM

Das Referendum vom 4. August 2009 endete offiziell mit einer Wahlbeteiligung von 68,26 Prozent. Nach Aussage der Wahlkommission vom 7. August 2009 stimmten 92,50 Prozent der Wähler mit Ja und nur 7,3 Prozent mit Nein. Beobachter drücken ihren Zweifel an diesem Ergebnis aus. Viele Wahllokale in der Hauptstadt Niamey und den ländlichen Regionen waren schlecht besucht. In der Region Tahoua und in Zinder soll es zu gewaltsamen Zusammenstößen der Oppositionsanhänger mit der Polizei gekommen sein. Bereits vor Verkündigung des Wahlergebnisses ließ der Präsident seinen Dank an die Wähler plakativ zeigen. Die Oppositionsparteien be-

12 | Zusammensetzung des Staatsrates nach Artikel 56, Parlamentspräsident, Premierminister, Präsident des Verfassungsgerichts, Präsident des Staatsgerichtshofes, die Präsidenten der nationalen Kommission für Menschenrechte, des Kommunikationsrates, des Wirtschafts- und Sozialrates, des höchsten Gerichts, des Rates der kommunalen Gebietskörperschaften, des Vorsitzenden der Opposition, des Präsidenten der Vereinigung der traditionellen Chefs.

zeichneten das Referendum als illegal und die Ergebnisse als gefälscht. Tandja hingegen sprach über das Referendum als Akt direkter Demokratie und als Legitimation seines Handelns.

DIE SECHSTE REPUBLIK¹³

In der sechsten Republik des Niger konzentriert sich die gesamte politische Macht in Händen des Präsidenten, der auf Lebenszeit gewählt wird. Der Präsident bestimmt die Mehrheit der Richter des Verfassungsgerichts und ernennt ein Drittel der Senatoren (die restlichen zwei Drittel werden von Institutionen ernannt, die unter der Kontrolle des Präsidenten stehen).

In der sechsten Republik des Niger konzentriert sich die gesamte politische Macht in Händen des Präsidenten, der auf Lebenszeit gewählt wird. Der Präsident bestimmt die Mehrheit der Richter des Verfassungsgerichts und ernennt ein Drittel der Senatoren (die restlichen zwei Drittel werden von Institutionen ernannt, die unter der Kontrolle des Präsidenten stehen).

Mit der sechsten Republik hat sich Präsident Tandja eine Staatsform geschaffen, in der politische Änderungsmöglichkeiten eingeschränkt sind und politische Repressionen zum Alltag gehören. Politische Aktivitäten sind nur dann erlaubt, wenn sie die öffentliche Ordnung nicht stören. Mit Tränengas und Polizeieinsatz werden nicht gewünschte Demonstrationen verhindert oder auseinandergetrieben. Dies gilt selbst für Sitzungen der Parteien, die in ihrer Arbeit extrem eingeschränkt werden. Da viele Abgeordnete ihr Mandat verloren haben, fehlt ein Großteil der parteiinternen Finanzierungsgrundlage. Viele der Parteien bereiten sich darauf vor, selbst in den Untergrund gehen zu müssen. Exilgruppen in Westafrika und in Frankreich sind im Aufbau, um das Überleben unter der Diktatur zu gewährleisten. Trotz der Repression kommt es immer wieder zu Demonstrationen. Die Oppositionsparteien, sieben Gewerkschaften und einige Gruppen der Zivilgesellschaft haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen.¹⁴ Der ehemalige Premierminister Amadou lebt inzwischen im Ausland. Gleichwohl gelang es ihm, im Niger über Strohmannen eine neue Partei namens MONDEN/FA¹⁵ zu gründen, in der sich inzwischen viele Dissidenten der Regierungspartei MNSD-Nassara sammeln. Ge-

13 | Vgl. Verfassung vom 18. August 2009, Décret Nr. 2009 – 256 du aout 2009, Niamey/Niger.

14 | Die CFDR (Coordination des Forces pour la Démocratie et la République) ist ein Bündnis aus 20 Parteien, sieben Gewerkschaften und einigen NROs.

15 | Der vollständige Name lautet: Mouvement Démocratique Nigérien pour une Fédération Africaine. MODEN/FA. Zur Gründung vgl. die Zeitung *Le Temoïn*, 9. Juli 2009, Nr. 303, S. 5.

genwärtig ist MODEN/FA damit beschäftigt, sich im Lande und den Ländern der Region zu organisieren, um den Widerstand gegen die Diktatur auszubauen. Damit gilt der ehemalige Premierminister Hama Amadou mehr als je zuvor als Hoffnungsträger für den Niger. Selbst seine ehemaligen Gegner, wie der Führer der sozialistischen Partei PNDS, Mahamadou Issoufou, äußerten sich in Gesprächen überzeugt davon, dass eine erfolgreiche Mobilisierung der Strasse nur mit Amadou zu schaffen ist. Amadou verfügt nicht nur über viele Anhänger im Lande und in der Regierungspartei MNDS, sondern genießt auch Vertrauen in der Armee. Seine Kontakte sind wahrscheinlich auch einer der Gründe dafür, dass die Regionalorganisation Westafrikanischer Länder CEDEAO¹⁶ eine klare und harte Haltung gegenüber dem Niger eingenommen hat und den zivilen Staatsstreich verurteilt.

PARLAMENTSWAHLEN VOM 20. OKTOBER

Die Parlamentswahlen vom 20. Oktober waren die ersten Wahlen der sechsten Republik. Da viele namhafte politische Kräfte die Wahlen boykottierten, war von Wahlkampf in der Hauptstadt Niamey nichts zu spüren. Die Mehrheit der Menschen betrachtete die Wahlen als Farce. Trotzdem verkündete die Regierung zum wiederholten Male eine hohe Wahlbeteiligung. Die Partei des Präsidenten gewann die Wahlen mit deutlichem Abstand und stellt in Zukunft 76 der 113 Abgeordneten. Die übrigen Parteien, die nicht an dem Wahlboykott teilgenommen hatten, gewannen 47 Sitze.

INTERNATIONALE REAKTIONEN

Die internationale Gemeinschaft hat früh auf die sich abzeichnende politische Krise im Niger reagiert und mit Konsequenzen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gedroht. Der Präsident und seine Anhänger zeigten sich von diesem internationalen Druck allerdings unbeeindruckt. Eine positive Rolle spielte von Anfang an die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (CEDEAO). Mit mehreren diplomatischen Missionen und klaren Worten versuchte die

16 | Die CEDEAO (Communauté Economiquedes Etats de l'Afrique de l'Ouest) ist die im Jahr 1975 gegründete Wirtschaftsgemeinschaft 16 Westafrikanischer Staaten. Vgl. hierzu *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Band 5, Internationale Beziehungen (München und Zürich: Piper, 1984), S. 114 f.

CEDEAO, den Präsidenten des Nigers zum Einlenken zu bewegen.¹⁷ Der Versuch, afrikanische Probleme durch Afrikaner zu lösen, wird von vielen Stellen als vorbildlich bezeichnet. Die Mitglieder der CEDEAO haben das Referendum und sein Zustandekommen als Verletzung der Verfassung des Niger bezeichnet und Präsident Tandja für schuldig befunden, das CEDEAO-Zusatzprotokoll für Demokratie und Gute Regierungsführung bewusst verletzt zu haben. Auf der CEDEAO-Zusammenkunft vom 17. Oktober 2009 wurde der Niger deshalb von weiteren CEDEAO-Sitzungen suspendiert. Kandidaturen nigrischer Politiker für internationale Positionen werden von der CEDEAO bis auf Weiteres nicht mehr unterstützt.

Diese deutliche Reaktion der CEDEAO steht im Gegensatz zu der bisher in Afrika oftmals geübten Solidarität der Staatschefs untereinander. Treibende Kraft der harten und konsequenten Haltung der CEDEAO ist der Präsident Nigerias Umaru Yar'Adua.

Diese deutliche Reaktion der CEDEAO steht im Gegensatz zu der bisher in Afrika oftmals geübten Solidarität der Staatschefs untereinander. Treibende Kraft der harten und konsequenten Haltung der CEDEAO ist der Präsident Nigerias Umaru Yar'Adua. Zwar kam Umaru Yar'Adua selbst durch umstrittene Wahlen an

die Macht, doch ist er in letzter Zeit bemüht, sein internationales Ansehen zu stärken. Zudem ist es dem ehemaligen Premierminister Amadou gelungen, sich Gehör bei den Staatschefs der CEDEAO zu verschaffen. Auch dem Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, ist es mit Hilfe seiner Friedensvermittlungen in der Elfenbeinküste, Togo in Guinea in den letzten Jahren gelungen, ein hohes internationales Ansehen zu erreichen. Dieses Ansehen möchte Compaoré durch eine Unterstützung Tandjas nicht aufs Spiel setzen. Der Präsident Togos, Faure Gnassingbé, bemüht sich seit einiger Zeit ebenfalls, das blutige Regime seines Vaters vergessen zu machen und bei internationalen Gebern Vertrauen zu gewinnen. Er besitzt ebenfalls kein Interesse, als Verbündeter Tandjas wahrgenommen zu werden. Auch in Benin kann man sich den Unmut internationaler Geber nicht leisten und möchte zudem der Politik Nigerias nicht widersprechen. Auf der anderen Seite wäre Benin, sollte es zu Sanktionen gegen den Niger kommen, am stärksten betroffen, da ein Großteil der Versorgung des Niger über den Hafen von Cotonou/Benin verläuft.

17 | Vgl. Abschlusserklärung der CEDEAO Konferenz der Staats- und Regierungschefs vom 17. Oktober 2009. „... la tenue du référendum du 4 aout 2009 et les circonstances de son organisation s'inscrivaient à l'encontre de l'esprit et de la lettre de la constitution du pays.“

Ähnlich wie die afrikanische Regionalorganisation CEDEAO haben auch die EU und die Vereinten Nationen frühzeitig diplomatischen Druck auf den Niger ausgeübt. Die EU-Staaten haben ihre direkte Zusammenarbeit und die Budgethilfe für den Niger eingestellt. Nur Projekte, die direkt der Bevölkerung zugute kommen, werden weitergeführt. Ob man im Falle des Niger zum Instrument der Sanktionen greifen wird, bleibt abzuwarten, da diese unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenssituation der Bevölkerung hätten. In den Präsidentschaftskreisen Niameys setzt man auf dieses Argument. Sollte die internationale Gemeinschaft im Falle des Niger jedoch nicht standhaft bleiben, so könnte das Beispiel des Niger in Afrika Schule machen und weitere „zivile Staatsstriche“ zur Folge haben.

ZUKUNFTSAUSSICHTEN FÜR DEN NIGER

Mit dem zivilen Staatsstreich von Präsident Tandja ist der Niger nach zehn Jahren politischer Stabilität wieder in eine schwere politische Krise geraten. Präsident Tandja hätte am 22. Dezember 2009 als großer Mann der Demokratie des Niger in den Ruhestand gehen können. Nach mehreren Staatsstreichen durch die Armee und diversen politischen Unruhen kam das Land unter Tandja endlich zu Ruhe und eine demokratische Gesellschaft begann sich zu entwickeln. Stattdessen befahl Tandja „die Krankheit“ afrikanischer Staatschefs, nicht aus dem Amt scheiden zu wollen.¹⁸ Eine Zeitung im Niger nannte sein Verhalten „Mugabisation“¹⁹ und spielte damit auf den Präsidenten Simbabwes an, der sich auch vom angesehenen Staatschef mit den Jahren zum Tyrannen wandelte. Präsident Tandja engagierte sich seit Beginn seiner Amtszeit für die Stärkung des demokratischen Bewusstseins in der Armee. Nicht zuletzt diesen seit Jahren durchgeführten Schulungen ist es zu verdanken, dass die Armeeführung öffentlich erklärte, sich nicht politisch instrumentalisieren zu lassen. Vor diesem Hintergrund ist es als tragisch zu bewerten, dass ausgerechnet dieser Präsident zum „Totengräber“ der Demokratie im Niger wurde.

Der Niger ist heute politisch zerrissen und international isoliert. Die meisten internationalen Geber haben inzwischen

18 | Der Niger ist das achte Land in Afrika, in dem ein Präsident die Verfassung für eine weitere Amtszeit ändert.

19 | Vgl. hierzu die Tageszeitung *L'évenement*, 11. August 2009, Nr. 39, S. 3 ff.

Der Niger ist heute politisch zerrissen und international isoliert. Die meisten internationalen Geber haben inzwischen ihre Hilfe eingefroren. Abzuwarten bleibt, ob internationale Organisationen zu einem späteren Zeitpunkt zum Instrument der Sanktionen greifen werden.

ihre Hilfe eingefroren. Abzuwarten bleibt, ob internationale Organisationen zu einem späteren Zeitpunkt zum Instrument der Sanktionen greifen werden. Innerhalb der Regierung Tandja hofft man, die internationale Aufmerksamkeit an der politischen Situation im Land werde schrittweise abnehmen. Aus Sicht der Tandja-Regierung soll der Dialog lediglich auf Basis der

sechsten Republik durchgeführt werden. Die Opposition lehnte diese Verhandlungsbasis ab und forderte die Wiedereinführung der demokratischen Ordnung. Wie lange der Niger dem internationalen Druck standhalten kann, bleibt abzuwarten. Das Land gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Aktuell liegt der Niger auf dem letzten Platz der Rangliste von 177 Ländern im Bereich Unterentwicklung.²⁰ Innerhalb der Regierung Tandja geht man davon aus, dass es nicht zu Sanktionen kommen wird, da Frankreich diesen nicht zustimmen wird und die anderen EU-Länder kein hinreichendes Interesse am Fall Niger zeigen werden. Bis jetzt trägt Frankreich die Beschlüsse der EU mit, zeigt aber kein besonderes Engagement für seine ehemalige Kolonie. Ausgehend von der Demokratierhetorik Nicolas Sarkozys²¹ in den letzten zwei Jahren wäre ein größeres Engagement Frankreichs im Falle des Niger zu erwarten gewesen, verfügt Frankreich im Niger doch über handfeste Interessen. Als zweitgrößter Exporteur von Uranium versorgt der Niger zurzeit 30 Prozent der französischen Kernkraftwerke mit Uranium. Ab dem Jahr 2012 soll ein Versorgungsgrad von 50 Prozent sichergestellt werden. Hinzu kommt, dass Frankreich auf dem Markt in direkter Konkurrenz mit China um die Uranminen im Niger steht. China dürfte bei allen Überlegungen der Regierung Tandja eine wichtige Größe sein. Das Land hat zu keinem Zeitpunkt seine Zusammenarbeit mit dem Niger eingestellt und sieht keinen Grund für mahnende Worte. Im Rahmen des Einstiegs Chinas in das Uranminengeschäft erhielt der Niger eine Zahlung von rund 300 Millionen Euro. Damit kann im Land der Staatsbetrieb eine Weile aufrechterhalten werden. Ab 2012 wird im Niger zudem auch Erdöl gefördert, wodurch sich die Staatseinnahmen verfünffachen werden. Diese Aussichten, in Zukunft als Uranium- und Erdölexporteur auftreten zu können, lassen den Niger auf die Zurückhaltung Frankreichs hof-

20 | Vgl. *Human Development Report 2007/2008*.

21 | Vgl. David Robert, „Die französische Afrikapolitik vor einer historischen Wende?“ in: *AfriKAS*, Ausgabe 2009/2010.

fen und auf das Interesse Chinas bauen. Hinzu kommt, dass seit einiger Zeit Venezuelas Präsident Chávez großes Interesse an den Sahelländern zeigt. Venezuela könnte in diesem Sinne als Kreditgeber fungieren, insbesondere wenn es darum geht, sich gegen westliche Staaten zu stellen. Darüber hinaus gehen nigrische Beobachter davon aus, dass sich die Regierung auf das nötigste, d.h. die Zahlung der Löhne an Staatsbeamte und die Sicherstellung der Bedürfnisse der Armee konzentrieren wird. Auch muss davon ausgegangen werden, dass Präsident Tandja, wie andere afrikanischen Präsidenten, über eine private Kasse verfügt. Es kann aufgrund der langen Vorbereitung des Präsidenten für seinen Staatsstreich nicht ausgeschlossen werden, dass Tandja auch eigene finanzielle Vorsorgemaßnahmen getroffen hat.

Gleichwohl bleibt die Frage, ob allein der Hunger nach Macht Präsident Tandja dazu bewegt hat, eine derartige Spaltung der Gesellschaft und Isolierung des Niger in Kauf nehmen. Möglich ist, dass Tandja eine Verlängerung seiner Amtszeit um drei und nicht volle fünf Jahre anstrebte, um seinen heute 37-jährigen Sohn in dieser Zeit als Nachfolger etablieren zu können. Als Mindestalter für das Amt des Staatspräsidenten schreibt die Verfassung das Erreichen des 40. Lebensjahres vor. Bisher ist der Sohn gleichwohl politisch kaum in Erscheinung getreten. Bei den Parlamentswahlen am 20. Oktober trat er lediglich als sogenannter B-Kandidat an. Sollte der ins Parlament gewählte A-Kandidat zurücktreten, könnte der Sohn allerdings schlagartig die politische Bühne betreten. Alles Weitere wäre in einem politischen System, das ganz auf den Präsidenten zugeschnitten ist, kein Problem. Ähnlich wie in der demokratischen Republik Kongo, in Gabun oder in Togo, könnte somit der Sohn dem Vater nachfolgen.

Gleichwohl bleibt die Frage, ob allein der Hunger nach Macht Präsident Tandja dazu bewegt hat, eine derartige Spaltung der Gesellschaft und Isolierung des Niger in Kauf nehmen. Möglich ist, dass Tandja eine Verlängerung seiner Amtszeit um drei und nicht volle fünf Jahre anstrebte, um seinen heute 37-jährigen Sohn in dieser Zeit als Nachfolger etablieren zu können.

Was auch immer die Motivation von Präsident Tandja war, der Schaden für die demokratische Entwicklung im Niger ist enorm. Sollte es nicht gelingen, die Demokratie im Niger wieder zu etablieren, bevor die Erdöleinnahmen in die Staatskasse fließen, könnten sich Strukturen verfestigen, die eine demokratische Entwicklung auf Jahre hinaus unmöglich machen. Politischer Wettbewerb bedarf nicht nur rechtsstaatliche Strukturen, sondern auch einer gewissen materiellen Chancengleichheit. Zudem muss China in den Entwicklungs-

dialog für die Demokratisierung Afrikas stärker als bisher eingebunden werden. Fälle wie der des Niger dürfen nicht unbeachtet bleiben, damit der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur auch nicht nur ansatzweise verwischt wird.²² Vielfach werden, allein um dem internationalen Anspruch Genüge zu tun, formal demokratische Systeme etabliert, denen jeglicher demokratischer Geist fehlt. Präsident Tandja ist im Niger dabei, eine derartige Realität zu konstruieren, in der bereits getroffene Entscheidungen nur noch durch scheinbar demokratische Prozesse legitimiert werden. Noch ist das Regime Tandja nicht fest im Sattel. Sollten die oppositionellen Kräfte im Niger allerdings keine Hilfe erfahren, könnte die demokratische Republik von 1999 bis 2009 schnell zu einer kurzen historischen Episode verkommen.

22 | Zum Problem der Kategorisierung von politischen Hybridsystemen vgl. Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Defekte Demokratie*, Band 1 (Opladen: Westdeutscher Verlag, 2003), S. 19 ff. und S. 65ff.; Gunter Schubert und Rainer Tetzlaff (Hrsg.), *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998); Giovanni Satori, *Demokratiethorie* (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992), S. 253 ff.